

# Stellungnahme

Eingebracht von: Kröll, Stefan

Eingebracht am: 24.08.2020

---

Die Formulierung "Entlastung der Gerichte im Hinblick auf die Überprüfung einer rechtmäßigen Freiheitsbeschränkung" lässt einem schon kurz den Atem stocken. Ist die Freiheit der Bürger in den Augen der Regierung nur ein lästiges Hindernis, womit sich Gerichte nicht herumschlagen sollten? Es sind doch gerade die Gerichte die uns vor der Willkür einer Regierung schützen.

Wenn Politiker aufgrund einer Epidemie oder nur den Verdacht darauf Ausgangssperren, Hausarrest oder andere Zwangsmaßnahmen beschließen, kann eine rechtliche Hürde diese Beschlüsse zu verhindern nicht hoch genug sein. Volksvertreter müssen zur Verhältnismäßigkeit gezwungen werden, und müssen jeden Beschluss der die Freiheit einschränkt genau begründen können. Dies kann nur geschehen wenn gegebenenfalls auch Konsequenzen für die Verantwortlichen zu befürchten sind.

Mit dem neuen Epidemiegesetz wird die Freiheit in die Hände einiger Weniger gelegt, die nach Belieben und ohne Rechenschaftspflicht darüber entscheiden können wer sie (die Freiheit) verdient.